



Ulrich Schachtschneider
Freiheit, Gleichheit, Gelassenheit
Mit dem Ökologischen Grundeinkommen aus der Wachstumsfalle
ISBN 978-3-86581-693-1
152 Seiten, 14,8 x 21cm, 16,95 Euro
oekom verlag, München 2014
©oekom verlag 2014
www.oekom.de

4 **Ökologisches Grundeinkommen: Stütze einer Postwachstumsökonomie**

Eine Postwachstumsökonomie ist eine Ökonomie, die kein Wachstum der Wirtschaftsleistung, ausgedrückt etwa im Bruttoinlandsprodukt (BIP), mehr benötigt. Das heißt nicht, dass es keine Steigerung des BIP mehr geben kann. Entscheidend wird sein, dass BIP-Wachstum nicht mehr notwendig ist, um vorübergehende ökonomische oder gesellschaftliche Stabilität zu erzeugen. Es ist eine Ökonomie, in der es jenseits einer BIP-Steigerung Innovationen gibt und in der Gerechtigkeitsfragen gelöst werden, ohne Probleme in die Zukunft oder in andere Weltregionen zu verschieben. Ein ökologisches Grundeinkommen schafft soziale Sicherung bei ökologischer Begrenzung und kann daher ein Stützpfiler für eine solche Ökonomie werden.

Gutes Leben ermöglichen

Einen prominenten Ansatz für eine Postwachstumsökonomie hat der Umwelt-Ökonom Niko Paech geliefert. Überzeugend legt er dar, woran der rein technische Weg zur Nachhaltigkeit scheitern muss: Es lauern diverse Bumerang-Effekte (»Rebounds«), die Effizienzfortschritte beim einzelnen Gerät durch Mehrverbrauch an anderer Stelle sofort wieder zunichte machen. Vielmehr sei eine radikale Konsumreduktion nötig, die aber – wir können sagen, zum Glück – gleichzeitig eine »Befreiung vom Überfluss« bedeute. Dieser Weg zur Suffizienz entsteht für Paech durch Einsicht in diese Notwendigkeit: Durch einen Wertewandel der ökologisch Aufgeklärten und verantwortlich Handelnden, der ausgehend von kleinen Gruppen die ganze Gesellschaft durchdringen wird.

Eine Wirtschaft ohne Wachstum erfordert ohne Zweifel einen Wertewandel. Und es ist gut, dass einige damit anfangen, ohne zu warten, bis die Randbedingungen dafür vielleicht irgendwann besser werden. Wie sonst sollte eine neue Kultur in die Welt kommen, wenn nicht zunächst durch gute Beispiele. Ob sich Lebensstile des Weniger allerdings durch das gute Vorbild Einiger in der ganzen Gesellschaft durchsetzen können werden, ist zu bezweifeln. Es geht um die Frage, wie in der ganzen Gesellschaft oder zumindest in großen Teilen an die Stelle des nicht-authentischen Produzierens und Konsumierens Werte treten können, die mit dem Begriff »Gutes Leben« zusammengefasst werden können.

Zum »Guten Leben« gehört vor allem die Erfüllung nicht-materieller Güter. Seinen Ursprung hat das Konzept als »Seinsweise« indigener Völker in Lateinamerika. So wird unter dem Begriff »Buen Vivir« bei dem bolivianischen Volk der Guarani eine Reihe von Tugenden wie Freiheit, Glück, das Feiern in der Gemeinschaft, Wechselseitigkeit und Gastfreundschaft verstanden. Der Aymara-Philosoph Simon Yampara unterstreicht, dass es weniger um materiellen Wohlstand, sondern um »Harmonie zwischen dem Materiellen und dem Geistigen« geht. Der Bolivianer Xavier Albo spricht von »erfülltem Zusammenleben«, ohne dies auf Kosten anderer oder der Natur zu tun. Der Begriff ging Ende der 2000er Jahre auch in neue Verfassungen von Bolivien und Ecuador ein, die damit ein Gegengewicht zur westlichen Wachstumsorientierung setzen wollten. Ecuador etwa legt »Rechte auf Buen Vivir« wie Ernährung, Wasser, gesunde Umwelt, Kommunikation, Bildung, Gesundheit etc. fest. Dazu gehört ein »System des Buen Vivir« mit den zwei Hauptkomponenten Inklusion, Gleichheit, soziale Sicherheit etc. und Schutz natürlicher Ressourcen. Die Konzepte basieren auf traditionellen Vorstellungen indigener Völker, akzeptieren aber ausdrücklich plurale Gesellschaften und haben den Anspruch auf Offenheit und Weiterentwicklung.

Die Wachstumskritiker Robert und Edward Skidelsky (ein Ökonom und ein Philosoph, eine offensichtlich sehr fruchtbringende Kombination) benutzen den Begriff des »Guten Lebens« (»Good Life«) ausdrücklich für die Formulierung eines alternativen Leitbilds für westliche Ökonomien. In ihrem Buch »Wie viel ist genug? Vom

Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens« leiten sie sieben Basisgüter für ein »Gutes Leben« in modernen liberalen Gesellschaften ab:

- »Gesundheit« – verstanden als Funktionsfähigkeit des Körpers jenseits von Perfektionswettläufen.
- »Harmonie mit der Natur« – verstanden als Ausgleich zwischen der Akzeptanz ihrer Eigenheiten und unseren Nutzungsinteressen.
- »Sicherheit« – verstanden als relative Kalkulierbarkeit der Zukunft, als Abwesenheit abrupten Änderungen.
- »Respekt« – verstanden als gegenseitige Anerkennung, wozu eine Begrenzung der Ungleichheit gehört.
- »Muße« – verstanden als nicht entfremdete Tätigkeit, als freie Lebensäußerung: Etwas um seiner selbst willen tun.
- »Persönlichkeit« – verstanden als Fähigkeit, einen eigenen Lebensplan zu leben.
- »Freundschaft« – verstanden als nicht instrumentelle oder aufgezwungene Beziehungen.

Für ein solches »Gutes Leben«, in denen diese Basisgüter verwirklicht sind, ist ein Wachstum der Wirtschaft nicht nötig, in vielen Fällen sogar kontraproduktiv. Doch darum soll es hier nicht primär gehen. Wichtiger ist, dass diese Basisgüter für ein »Gutes Leben« nicht alleine durch guten Willen der vielen Einzelnen entstehen. Robert und Edward Skidelsky drücken es so aus: Die Politik muss eine »gastfreundliche Umgebung« zur Verwirklichung dieser Basisgüter schaffen. Sie kritisieren die reine Lehre des politischen Liberalismus, der den Staat aus Fragen des guten Lebens heraushalten will. Der Staat als »Treuhänder der Möglichkeit der Zivilisation« habe die Pflicht, die Bedingungen für ein gutes Leben zu verwirklichen – nicht das gute Leben selber. In Überfluggesellschaften seien die materiellen Voraussetzungen für Güter wie Gesundheit, Muße, Persönlichkeit etc. längst erfüllt. Ihre Verwirklichung hänge daher nicht mehr vom absoluten materiellen Niveau des Wohlstands ab, sondern von der »Organisation des Wirtschaftslebens«.

Die Skidelskys plädieren für eine »Sozialpolitik für die Basisgüter«, und dazu zählen sie auch ein bedingungsloses Grundeinkommen. In wie weit würde es die Basisgüter fördern? Mehr »Muße« wird für alle möglich durch Reduzierung des Zwangs, nicht authentische Arbeit annehmen zu müssen. Mehr »Respekt« wird gefördert durch die Umverteilung, die mit dem Grundeinkommen verbunden ist. Ein Grundeinkommen verleiht zudem mehr »Sicherheit« gegenüber abrupten Änderungen, jenseits von Arbeitsmarktschwankungen. Auch mehr »Persönlichkeit« kann entwickelt werden: Die Freiheit, einen eigenen Lebensplan verfolgen zu können, wird größer. Außerdem werden mehr freiwillige »Freundschaften« instrumentelle Beziehungen tendenziell verdrängen. Keiner ist auf irgendwelche Zwangsgemeinschaften angewiesen. Die meisten der Basisgüter würden also durch ein Grundeinkommen ein »gastliches Umfeld« erhalten.

Wie ist es aber mit dem ökologischen Grundeinkommen? Wir wissen nicht, wie die beiden Autoren zu dieser Finanzierungsart stehen. Sie plädieren an anderer Stelle für eine progressive »Luxus-Konsumsteuer«: Je höher der Konsum eines Bürgers, desto höher soll sie sein. Erhoben werden soll sie nicht über Preisaufschläge auf bestimmte Produkte, sondern pauschal eingezogen auf Basis der Differenz zwischen Einkommen und Ersparnissen: Je mehr jemand demnach für Konsum übrig hat, desto höher seine Steuerlast. Die Grundrichtung ist richtig: Konsum sollte besteuert werden – dies bremst seine Ausübung im Übermaß. Wenn sich Erwerbsarbeit zum Zwecke des Konsums weniger lohnt, erhält im Gegenzug das Basisgut »Muße« mehr Raum. Auch ein Umverteilungseffekt wird erreicht, da die Steuer progressiv ist. Ein gravierender Nachteil ist allerdings, dass damit nicht ökologisch gesteuert werden kann: Hoch umweltschädlicher Konsum wird ökonomisch nicht anders behandelt als weniger umweltschädlicher. Für das Basisgut »Harmonie mit der Natur« wären Öko-Abgaben sicher die beste Art der Konsum-Besteuerung. Sie können die Wirkung des bedingungslosen Grundeinkommens in eine ökologisch sichere Richtung treiben. Auch für Robert und Edward Skidelsky ist die Reduktion von Umweltverbrauch neben dem menschlichen Wohlergehen zentrales Ziel eines Wirtschaftens jenseits des Wachstums: »Wir wollen, dass die Freizeit wächst und die

Umweltverschmutzung abnimmt. Beides gehört zu einer vernünftigen Vorstellung von menschlichem Wohlergehen. Aber beides schlägt sich nicht im BIP nieder«. Ein ökologisch finanziertes Grundeinkommen fördert genau diese Kombination aus Muße und geringerem ökologischen Fußabdruck als »vernünftige« Idee von Wohlstand. Es ist Gastfreundlichkeit für ein gutes Leben jenseits des Konsumismus.

Produktivismus ade: Green New Deal ohne Wachstum

Als eine Antwort zur gleichzeitigen Bearbeitung von Wirtschafts- und Ökokrise entwickelt sich in den letzten Jahren der »Green New Deal« zur führenden ökonomisch-ökologischen Reformvorstellung. Die Kernidee besteht darin, einen staatlich gestützten Innovations- und Investitionsschub bei grünen Technologien auf einem grünen Markt zu erreichen. Das dadurch induzierte wirtschaftliche Wachstum soll gleichzeitig ökologischen Fortschritt bringen, da mit den neuen Technologien weniger Umwelt verbraucht und geschädigt werde. Der Ansatz wurde zunächst von grünen Parteien, ihnen nahestehenden Think Tanks und NGOs (Non Governmental Organisations wie etwa Umweltverbände) in die Debatte gebracht. Er wird jedoch zunehmend mehrheitsfähig in der gesamten politischen Klasse, wenn auch andere Bezeichnungen verwendet werden, wie etwa »Green Economy«.

Auch wenn dies zu Fortschritt bei grüner Technik führt, verbleibt diese Idee im Rahmen des Produktivismus. Von letzterem können wir sprechen, wenn die Entstehung von neuer Arbeit als Vorteil an sich betrachtet wird: Wenn etwa für die Einführung neuer Technologien wie das »intelligente Haus«, welches seinen Stromverbrauch flexibel dem fluiden regenerativen Angebot anpassen kann, geworben wird mit dem Argument, das würde neue Arbeitsplätze für das Handwerk bringen und »Zukunftsmärkte erschließen«. Auch wenn viele seiner Protagonisten es nicht beabsichtigen sollten: Das Erzeugen möglichst vieler Produkte und Dienstleistungen, die ökonomisches Wachstum

bringen, bleibt unhinterfragtes Ziel auch der Green Economy. Der Unterschied zum jetzigen Wirtschaften ist lediglich, dass technische und organisatorische Alternativen produziert und konsumiert werden sollen.

Aber es gibt auch Varianten eines Green New Deals bzw. einer Green Economy, in denen der Wachstumszwang nicht mehr wirkt. Eine Version wird in der Studie des Wuppertal-Instituts »Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt« dargelegt. Im Rahmen eines »neuen Gesellschaftsvertrags« seien die »Bürger als Unternehmer und Konsumenten aufgerufen, einen Teil ihrer Kapital- und Komfortmacht an die Natur und die Schlechtergestellten auf dem Globus abzutreten.« Die Menschen im Norden bzw. die globale Konsumentenklasse sollen ihren Lebensstil in Richtung Genügsamkeit ändern, anstatt das bisherige Wohlstandsmodell mit neuer Umwelttechnologie zu verlängern. Im Unterschied zu den Varianten des Green New Deal mit Wachstum wird hier die Verteilungsfrage gestellt, weil die Autor(inn)en offensichtlich eine andere Einschätzung der Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum mit einer nachhaltigen Entwicklung haben: Dieses Konzept kann als »Sozialer Green New Deal ohne Wachstum« bezeichnet werden.

Ein ökologisches Grundeinkommen (ÖGE) könnte ein zentrales Element des dafür vorgeschlagenen Gesellschaftsvertrages sein. Durch die Besteuerung von Umweltverbrauch würden die »Bürger« einen Teil ihrer »Komfortmacht« an die »Natur« (durch das Weglassen bestimmter Konsumtionen) und an die »Schlechtergestellten« (durch die Auszahlung an jeden) abgeben. Mit einer Konsumreduktion wird allerdings nicht nur der »Natur« etwas gegeben, etwa der Erhalt von Artenvielfalt durch Nicht-Nutzung bestimmter Flächen. Von der verringerten Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen durch Wohlhabende profitieren immer auch die »Schlechtergestellten«: Für sie bleibt dadurch an anderen Orten und zu anderen Zeiten auf der Erde mehr übrig. Genau dieser Zusammenhang ging ein in die klassische Definition von Nachhaltigkeit im »Brundtland-Bericht« der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (WCED) 1987: »Nachhaltige Entwicklung ist Entwicklung, die den Bedürfnissen heutiger Generationen Rechnung trägt, ohne die Möglichkeiten zu-

künftiger Generationen, ihren eigenen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, zu behindern.« Aus diesem Anspruch an *intra- und intergenerative Gerechtigkeit* wurde in der Folge allerdings keineswegs eine Strategie des ökologisch-sozial motivierten Konsumverzichts, wie sie in dem Gesellschaftsvertrags->Entwurf< des Wuppertal-Instituts zum Ausdruck kommt, abgeleitet. Viele der Nachhaltigkeits-Protagonisten hofften (und hoffen immer noch), dass ihr Ziel im Wesentlichen durch technische Innovationen realisiert werden kann.

Neben den technischen Wegen der Effizienz und der Konsistenz (Verträglichkeit anthropogener und natürlicher Stoffkreisläufe, Kreislaufwirtschaften) fördert ein ÖGE auch den nicht-technischen Weg der Suffizienz, also der Genügsamkeit. Das Verhältnis von technischem und nicht-technischem Weg kann nicht vorausgesagt werden. In jedem Fall aber hat das ökologische Grundeinkommen eine depro-

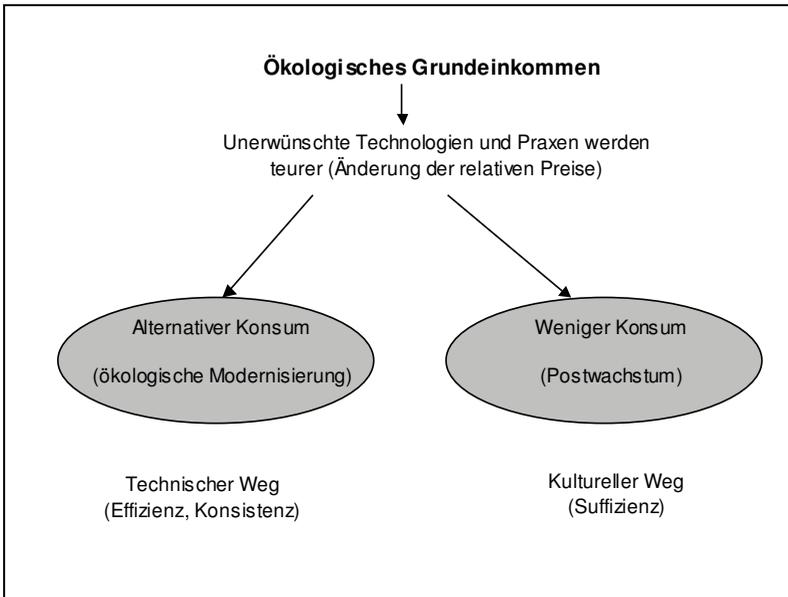


Abbildung 3: Ökologisches Grundeinkommen stützt »anders« und »weniger« Konsumieren

duktivistische Komponente und ist damit Bestandteil einer Postwachstumsökonomie. Erstens verteuert es Konsum. Mit einem ÖGE ist dies möglich, weil es die ökologische Besteuerung mit Umverteilung von Einkommen kombiniert. Zweitens macht es ökonomische Aktivität als Selbstzweck unattraktiver. Dies geschieht zum einen durch die höhere ökonomische Sicherheit, die das garantierte Grundeinkommen liefert. Die größere Wahlfreiheit des Einzelnen auf dem Arbeitsmarkt ist nicht nur emanzipatorischer Fortschritt, sondern auch ein ökologisches Plus: Der Zwang zu ökologisch problematischen ökonomischen Aktivitäten wird geringer. Zum anderen wird ökonomische Aktivität durch höhere Preise von Ressourcen, die immer – mehr oder weniger – zur Herstellung von Waren und Dienstleistungen benötigt werden, generell unter einen größeren ›Sinnvorbehalt‹ gestellt.

Ein ÖGE sorgt drittens für mehr soziale Sicherheit im ökologischen Umbau der Wirtschaft. Wie viele eigentlich als ökologisch schädlich oder als sozial zweifelhaft längst erkannte Produktionen werden heute *nolens volens* akzeptiert, wenn nicht sogar gefördert, weil hieran in der arbeitsplatzfokussierten Regulation der kapitalistischen Ökonomie elementar die persönliche ökonomische Lebenssicherheit gekoppelt ist? Die für eine Akzeptanz der mit dem ökologischen Umbau der Wirtschaft verbundenen tiefgreifenden Wandel von Arbeitsplätzen, -strukturen und -qualifikationen nötige sozialpsychologische Situation ist »Angstfreiheit im Wandel«. Während beim wachstumsorientierten Green New Deal die Sorgen der Menschen mit der Aussicht auf neue Arbeitsplätze beruhigt werden sollen, besteht das Konzept des ÖGE in der Garantie von Lebenssicherheit – einer Lebenssicherheit unabhängig von Wirtschaftswachstum.

Während die Sicherheit im ökologischen Wandel durch alle Arten eines bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) gewährleistet werden könnte, sind die beiden anderen deproduktivistischen Momente nur zu erreichen mit einem durch Ökosteuern finanzierten Grundeinkommen. Nur dieses kann die Ökosteuer sozial und freiheitlich machen und dadurch sowohl von der Konsumtions- als auch von der Produktionsseite her die Ausweitung ökonomischer Aktivitäten bremsen. Ein ÖGE würde dem Green New Deal einen libertären und

antiproduktivistischen Charakter geben. Es würde damit eine Postwachstumsökonomie stützen.

Sozial- und Umweltstaat: Auf höherer Ebene

Bisher ist das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) im Wesentlichen als Antwort auf die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Krise der Erwerbsarbeit diskutiert worden. Der Soziologe Claus Offe etwa sieht im BGE das Potenzial, Strukturprobleme und Gerechtigkeitslücken fortgeschrittener Industriegesellschaften in einer »prononciert freiheitlichen (>links libertären«, der Grundnorm gleicher realer Freiheit verpflichteten) Weise« zu bewältigen. Die zentralen Strukturprobleme sind für ihn zum einen das »Produktionsproblem, das durch die institutionell geregelte Beantwortung der Frage gelöst wird, welche Personen welche Arbeitsaufgaben übernehmen sollen« und zum anderen das Verteilungsproblem: »Wer hat, gleichsam nach getaner Arbeit, einen Anspruch auf welchen Teil des Produkts?« In kapitalistischen Gesellschaften würden diese beiden Probleme im Wesentlichen »*uno actu*« durch den Arbeitsvertrag gelöst. Diese »Lösung des wirtschaftlichen Doppel-Problems von Produktion und Verteilung« habe aber unter anderem drei Nachteile: »Armut, Arbeitslosigkeit, Autonomieverlust.«

Der Soziologe und Philosoph Jürgen Habermas sieht das BGE als revolutionären Schritt zur Bändigung der Macht der eigenständig agierenden gesellschaftlichen Systeme der geldgesteuerten Ökonomie und des bürokratischen Staates über die »Lebenswelt« der Menschen. Es könne den Bann brechen, den der »Arbeitsmarkt über die Lebensgeschichte aller Arbeitsfähigen« verhänge und zudem den Einzelnen vor den »kontraproduktiven Nebenfolgen einer administrativen Daseinsvorsorge« abschirmen, also etwa vor zuviel Überwachung und Schnüffelei im Zuge der Gewährung sozialstaatlicher Hilfen. Diese beiden prominenten Autoren seien hier nur beispielhaft genannt – in der gesamten, das BGE protegierenden Literatur fokussiert sich die

Argumentation auf Probleme des Sozialstaats und der Arbeitsgesellschaft.

Seltsam unterbelichtet bei all diesen Betrachtungen bleibt die ökologische Frage. Dabei ist die Krise fortgeschrittener Industriegesellschaften auch eine Krise des gesellschaftlichen Naturverhältnisses. Der fordistische, auf den Ergebnissen industriell-arbeitsteiliger Fabrikproduktion basierende Wohlfahrtsstaat (prototypisch erstmals vom Autofabrikanten Henry Ford in den 1910er Jahren realisiert) konnte seine den Sozialstaat stabilisierenden Wachstumsraten nur auf der Basis einer ständigen Steigerung der Arbeitsproduktivität realisieren. Demgegenüber konnte Natur (Ressourcen und Senken) immer ausgiebiger fast kostenlos genutzt werden. Wachstum basierte so vor allem auf der Steigerung industrieller Massenproduktion und -konsumtion. Diese fordistische Regulationsweise ist in den 1970er Jahren nicht nur durch Probleme der Sozialstaatsfinanzierung ins Wanken geraten, sondern auch durch steigende Kosten für die Nutzung natürlicher Ressourcen, die Vermeidung von Schädigungen der Umwelt oder deren Restaurierung. Man denke etwa an die Ölkrise im Jahre 1973.

In der den Fordismus beerbenden Phase der neoliberalen Regulation konnten jedoch die Strukturprobleme der Arbeitsgesellschaft ebenso wenig dauerhaft gelöst werden wie die Strukturprobleme des gesellschaftlichen Naturverhältnisses. Zwar sind seit den 1980er Jahren Fragen des Umweltschutzes erstmals breiter in Politik und Gesellschaft bearbeitet worden. Umweltpolitik ist allerdings nur insoweit in die Regulation der Ökonomie eingeflochten worden, wie sie kompatibel war mit den neoliberalen Dogmen der Privatisierung, der Deregulierung, mit dem liberalen Produktivismus: Umweltschutz darf das Wachstum und den Wettbewerb nicht gefährden – die Betriebe dürfen also keine allzu starken Auflagen oder Besteuerungen bekommen, die Konsumprodukte dürfen nicht zu teuer werden.

Heute wird einer kritischen Öffentlichkeit klar, dass der Neoliberalismus nicht nur die Finanzkrise ermöglicht hat, sondern auch einer besseren Bearbeitung der ökologischen Frage im Wege steht: Eine durch Deregulierung forcierte Globalisierung der Produktion erhöht den Energieverbrauch durch Transportprozesse und verunmöglicht

die Durchsetzung ambitionierter Umweltstandards; die Herrschaft der Finanzmärkte lenkt die Kapitalströme auf kurzfristige Gewinne statt auf die Entwicklung nachhaltiger Produktionsverfahren etc. Die oben diskutierten Probleme der Umweltpolitik sind zwar schon im Fordismus wirksam, werden aber durch die neoliberale Regulation noch einmal verschärft: Bei verstärkter sozialer Polarisierung ist eine Besteuerung von problematischem Umweltverbrauch noch schwieriger zu legitimieren und gilt die Propagierung genügsamer Lebensstile als Trick 17 der Oberen; bei der Herrschaft der Finanzmärkte mit jederzeit unberechenbaren Folgen für den eigenen Arbeitsplatz kann sich ein Gefühl der Sicherheit im Wandel noch schwieriger einstellen.

Nicht nur der Sozialstaat, auch der »Umweltstaat« (Martin Jänicke) steht offensichtlich in den entwickelten Industriegesellschaften vor grundlegenden Problemen. Während ein allgemeines bedingungsloses Grundeinkommen eine Antwort auf die Strukturprobleme des Sozialstaates ist, ist ein ökologisch finanziertes Grundeinkommen gleichzeitig eine Antwort auf die Strukturprobleme des Umweltstaates. Als Kern eines libertären und deproduktivistischen Green New Deal würde es nicht nur eine höhere Stufe des Sozialstaats konstituieren, sondern auch eine höhere Stufe des Umweltstaates. Eine höhere Stufe deswegen, weil die Strukturprobleme der Arbeit und die Strukturprobleme der Umweltnutzung im Sinne einer basalen Verheißung der Moderne, der »Grundnorm gleicher realer Freiheit« (Offe) gelöst würden. Eine höhere Stufe deswegen, weil – ganz im Sinne von Habermas – die Dominanz der Systeme Markt und Staat über die »Lebenswelt« zurückgedrängt wäre. Und ob wir es wollen oder nicht: Diese höhere Stufe des Wohlfahrts- und des Umweltstaates wird Wachstum schwieriger machen, höchstwahrscheinlich aber zu einem Rückgang der Wirtschaftstätigkeit führen.

Finanzierbar: Jenseits des Wachstums

Was aber machen wir mit unserer Finanzierungsquelle für den Sozialstaat, wenn wie gewünscht der Umweltverbrauch weniger wird?